

StV

311PH 1480-34

STRAFVERTEIDIGER

REDAKTION

Prof. Dr. Matthias Jahn

RA Dr. habil. Helmut Pollähne

RA Prof. Dr. Reinhold Schlothauer

Beratender Redakteur:

Prof. Dr. Klaus Lüderssen

Jahresregister 2014

34. Jahrgang

I.	Verzeichnis der Autoren	S. III
II.	Fundstellen BGHSt	S. V
III.	Entscheidungsregister	S. VI
IV.	Gesetzesregister	S. XXVII
V.	Stichwortverzeichnis	S. XXXI
VI.	Nachruf auf Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Winfried Hassemer	S. LXV
VII.	Nachruf auf Prof. Dr. Edda Weßlau	S. LXVII

Jahresregister 2014

34. Jahrgang

Art.-Nr. 07939400

PVSt 20232

Carl Heymanns Verlag

nen ernsthaften Willen der Angekl., existenzgefährdende Verluste zu vermeiden. So erfolgte eine Kapitalerhöhung im April 1998 um 25 Mio. DM mit einem 100%igen Agio, was wirtschaftlich eine weitere Erhöhung um denselben Betrag bedeutete, und eine neuerliche noch viel stärkere Kapitalaufstockung Anfang 1999 um 340 Mio. DM.

[43] Aus diesen Umständen hat das LG rechtsfehlerfrei gefolgert, dass die Angekl. der erkannten Risikostruktur aufgrund der marktunüblichen Mietgarantien begegnen wollten. Damit hat es zugleich seine Annahme untermauert, dass die Angekl. sich nicht mit einer Existenzgefährdung der I. abgefunden haben, sondern hierfür eine Risikovorsorge treffen wollten. Als die maßgeblichen Entscheidungsträger der I. hatten die Angekl. den tatbestandlichen Erfolg i.S.d. § 266 StGB, nämlich die Existenzgefährdung, oder gar die Existenzvernichtung gerade nicht gebilligt oder sich auch nur damit abgefunden.

[44] Die Verneinung des voluntativen Vorsatzelements wird zudem durch weitere vom LG festgestellte Umstände bestätigt. Durch den Aufbau eines Risikocontrollings, mit dem die Leitungsebene der I. der internen und externen Kritik nachkam, ist belegt, dass die Verantwortlichen nicht die Augen vor der möglichen Existenzbedrohung verschlossen haben, sondern bemüht waren, die Risiken aus diesen Geschäften steuerbar zu halten. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden den Angekl. gegenüber kommuniziert bzw. von ihnen abgefragt. Auch dieser Umstand spricht dagegen, dass den Angekl. der tatbestandliche Erfolg des Eintritts eines Nachteils auch nur gleichgültig gewesen wäre (vgl. hierzu auch *Puppe* in NK, StGB, 4. Aufl., § 15 Rn. 56 f.).

[45] Schließlich war das gesamte Controlling- und Buchhaltungssystem auf Transparenz ausgelegt. Die erkannten Risiken wurden sowohl konzernintern als auch gegenüber den Abschlussprüfern, der W. AG, offen angesprochen und diskutiert. Der Stand des Risikocontrollings und auch dessen Mängel waren stets sowohl auf der Ebene der Geschäftsleitung der I., des Aufsichtsrats der I. und auch bei den Gesellschafterinnen der I. gleichermaßen bekannt. Nach den Feststellungen des LG gab es weder eine Verschleierung der Risiken aus dem Fondsgeschäft innerhalb der I. noch gegenüber den vier Gesellschafterteilbanken vor Aufl. der anklagegegenständlichen LB. Fonds 12 und IB. Fonds Deutschland 1. Gleichfalls herrschte auch innerhalb der Konzernbanken und gegenüber deren Aufsichtsgremien eine weitgehende Offenheit, weil auch ihnen die wesentlichen Revisionsberichte mitgeteilt wurden.

[46] Diese Umstände haben Auswirkungen auf die Prüfung des Willenselements beim Vorsatz. Ebenso wie die Verschleierung von Risiken ein Anzeichen für das Vorliegen einer Billigung des Eintritts einer schadensgleichen Vermögensgefährdung sein kann (BGH, Urt. v. 15.11.2001 – 1 StR 185/01, BGHSt 47, 148, 157 [= StV 2002, 193]), gilt umgekehrt auch, dass eine transparente und ordnungsgemäße Bilanzierung indiziell gegen eine willentliche Schadenszufügung sprechen kann.

[47] c) Die Revisionen können schließlich nicht mit dem Vorwurf durchdringen, das LG habe die gebotene Gesamtwürdigung unterlassen.

[48] Das Unterlassen einer solchen Gesamtwürdigung kann allerdings einen zur Aufhebung des Freispruchs nötigen Rechtsfehler begründen. Denn selbst wenn keine der jeweiligen Indiztatsachen für sich allein zum Nachweis der Täterschaft der Angekl. ausreicht, besteht die Möglichkeit, dass sie in ihrer Gesamtheit dem Tatrichter die entsprechende Überzeugung vermitteln (BGH, Urt. v. 06.03.2002 – 5 StR 351/01, NJW 2002, 1811, 1812; vgl. auch *Dietmeier* ZIS 2008, 101, 103 f.). Die Gesamtwürdigung hat aber auch – gleichfalls in ihrer Gesamtheit – die entlastenden Umstände einzubeziehen (BGH, Urt. v. 12.09.2001 – 2 StR 172/01, NStZ 2002, 47).

Anmerkung: I. Gegenstand der Entscheidung sind zwei in den späten 1990er Jahren aufgelegte Immobilienfonds der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IGB). Gesellschafterinnen der IGB waren neben der Landesbank Berlin die großen privatrechtlich organisierten Banken Berlins.

Die IGB garantierte Mieteinnahmen über eine Laufzeit von 25 Jahren, ohne diese Garantien hinreichend abzusichern. Als die Entwicklung des Immobilienmarktes hinter den Erwartungen zurückblieb, geriet die IGB in Existenznot, und den einstandspflichtigen Gesellschafterbanken entstand ein Gesamtschaden von über 60 Millionen Euro. Für diesen Schaden sind nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die angeklagten Geschäftsführer und Aufsichtsräte verantwortlich: Sie hätten die Fonds aufgelegt bzw. es pflichtwidrig unterlassen, die Auflegung und Schließung zu verhindern. Das LG vermochte sich dieser Bewertung nicht anzuschließen.

Der BGH bestätigt den Freispruch. Er schreibt damit das Schlusskapitel der seit zehn Jahren andauernden strafrechtlichen Aufarbeitung des Berliner Bankenskandals. Die Diskussion um den objektiven und subjektiven Tatbestand des § 266 StGB vermag die Entscheidung hingegen nicht zu beenden. Im Gegenteil: Sie erhält durch die Begründung des 5. Strafsenats neue Nahrung. Insofern ist die Entscheidung von fallübergreifender Bedeutung.

II. 1. Der *Leipziger Senat* meint, das LG habe den Schädigungsvorsatz rechtsfehlerfrei verneint, und lässt daher offen, ob die Angeklagten den objektiven Tatbestand des § 266 StGB verwirklicht haben. Die Feststellung, nur eine »klare und evidente« und in diesem Sinne »schwere« Pflichtwidrigkeit sei tatbestandsmäßig (Rn. 17), ist daher ein obiter dictum. Gleichwohl enthält es erhebliche Sprengkraft. Denn zum Beleg der These, die Rechtsprechung habe »grundsätzlich nur schwere Pflichtverletzungen ausreichen lassen«, werden ausgerechnet jene Entscheidungen präsentiert, in denen der 1. Strafsenat die Unterscheidung zwischen einfachen und (strafbaren) gravierenden Pflichtverletzungen entwickelt hatte.¹ Zwar vermeidet der 5. Strafsenat das Fremdwort »gravierend« und verwendet stattdessen die alltagssprachliche Wendung »schwer«. Der Hinweis auf die Präjudizien und die Austauschbarkeit der Adjektive deutet jedoch darauf hin, dass er Anschluss an diese Rechtsprechungslinie des 1. Senats herstellen will.

2. Damit stellt sich die Frage, ob dem Erfordernis einer gravierenden bzw. schweren Pflichtwidrigkeit zukünftig (wieder) Bedeutung bei der Auslegung des § 266 StGB

¹ BGHSt 47, 148 (152 f.) = StV 2002, 193; 47, 187 (197) = StV 2002, 137. – S. ferner BGHSt 55, 266 (276 f.) = StV 2011, 20; StV 2006, 299 (300).

zukommen soll, obwohl die h.L. Zweifel an dieser »strafrechtlichen Höhenmarke« geäußert² und der 3. *Strafsenat* deutliche Distanz zu dieser ungeschriebenen Strafbarkeitsvoraussetzung gehalten hat.³ Tatsächlich ist das Kriterium einer schweren oder gravierenden Pflichtwidrigkeit nicht nur hochgradig unbestimmt,⁴ es ist auch kaum bestimmbar. Dies hat seinen Grund darin, dass der Begriff der Pflichtwidrigkeit objektiv nicht graduierbar ist, er lässt vielmehr nur die binäre Unterscheidung zwischen pflichtwidrig und pflichtgemäß zu. Bei dieser Unterscheidung ist zwar der Ermessensspielraum von Geschäftsleitern bei riskanten Unternehmensentscheidungen zu berücksichtigen.⁵ Steht aber fest, dass der Täter diesen Spielraum überschritten und eine ihn treffende Pflicht zur Betreuung fremder Vermögensinteressen verletzt hat, ist eine Abstufung nach der Schwere nur möglich, wenn man entweder die Folgen der Pflichtwidrigkeit oder die Einstellung des Täters berücksichtigt. Im ersten Fall müsste die Höhe des Schadens berücksichtigt werden – dies hätte eine Verschleifung der Tatbestandsmerkmale Pflichtverletzung und Vermögensnachteil zur Folge. Im zweiten Fall müsste der Grad des Wissens und Willens berücksichtigt und damit vom objektiven Tatbestand auf die Ebene des subjektiven Tatbestandes gewechselt werden. Kurzum: Wer meint, objektiv tatbestandsmäßig sei nur eine gravierende i.S. einer schweren Pflichtwidrigkeit, leistet jener Vermischung von objektiven und subjektiven Tatbestandsmerkmalen Vorschub, der das *BVerfG* energisch entgegengetreten ist.⁶ Will man dies vermeiden, kann das Schwereerfordernis lediglich die Funktion eines Platzhalters für Einzelfallbewertungen der Strafbedürftigkeit haben. Dies wäre freilich ein dogmatisch unbefriedigendes Ergebnis.

3. Es kann aus logischen und systematischen Gründen also nicht darum gehen, ob eine Pflicht gravierend i.S.v. schwerwiegend verletzt worden ist. Daher sollten die Versuche, den objektiven Tatbestand des § 266 StGB einzuschränken, an der Frage ansetzen, ob die außerstrafrechtliche (zumeist: gesellschaftsrechtliche) Pflichtwidrigkeit strafrechtlich gravierend i.S.v. objektiv zurechenbar ist.⁷ Auf diese Weise können Verletzungen von Pflichten ausgesondert werden, die nicht primär dem Schutz des von § 266 StGB geschützten Vermögens dienen. Es ist aber auch denkbar, genuin strafrechtliche Zuständigkeitsabwägungen mit der Folge zu berücksichtigen, dass die Einschaltung externer Berater einen Aufsichtsrat oder Geschäftsführer aus der *strafrechtlichen* Verantwortung entlässt.⁸ Denn beide müssen nicht mehr wissen, als von jenen Spezialisten zu erfahren ist, die sie mit der Klärung der betreffenden Aspekte betraut haben.⁹ Dieser Einsicht ist jedoch bereits bei der Auslegung des objektiven und nicht erst auf der Ebene des subjektiven Tatbestandes Geltung zu verschaffen.

III. Auch die Ausführungen zum Begriff (1.) und Gegenstand (2.) des Vorsatzes sind von grundsätzlicher Bedeutung.

1. Was den Vorsatzbegriff betrifft, ist dem *Senat* nur in seinem Ausgangspunkt zuzustimmen: Die bewusste Eingehung eines Risikos kann für sich genommen zur Begründung des Vorsatzes nicht ausreichen, weil die Möglichkeit einer Vermögensgefährdung dem Risikogeschäft immanent ist (Rn. 21). Diese Einsicht führt den *Senat* jedoch nicht zu der naheliegenden Lösung, den Tatvorsatz an das Wissen um einen gesteigerten Grad an Gefährlichkeit zu koppeln.

Vielmehr hält er – ohne Begründung – das voluntative Vorsatzelement für bedeutsamer als die »Kenntnis von den Risikofaktoren und dem Risikograd« (Rn. 22 f.). Relevanter Gesichtspunkt für die Beurteilung des Willens soll »die Interessenlage des Angeklagten« und insbesondere die Frage sein, ob ein zumindest mittelbarer persönlicher Vorteil erstrebt worden ist. Dem ist zu widersprechen. Denn es ist (im geschäftlichen Verkehr) kein Handeln vorstellbar, mit dem nicht zumindest auch persönliche Vorteile erzielt werden sollen. Das Modell eines rein altruistisch handelnden Geschäftsführers oder Aufsichtsrats ist jedenfalls ebenso unrealistisch wie die gegenteilige Konzeption des homo oeconomicus bzw. homo calculans. Auch im vorliegenden Fall dürften die Angeklagten nicht vollkommen frei von eigenen Interessen gehandelt und zumindest positive Kollateraleffekte für ihr berufliches oder politisches Fortkommen erstrebt haben. Wenn Derartiges nicht zur Begründung des Tatvorsatzes ausreichen soll, müsste die vom *Senat* geforderte Interessenrichtung des Täters enger gefasst und der Bereicherungsabsicht des § 263 StGB angenähert werden. Eine solche besondere Absicht verlangt § 266 StGB jedoch gerade nicht. Wie man es auch dreht und wendet: Das vom *Senat* aufgestellte Kriterium »persönlicher Vorteil« ist entweder nicht praktikabel, weil es zu viel erfasst, oder es ist eng und praktikabel, aber nicht mit der Systematik des Gesetzes zu vereinbaren. Vorzugswürdiger dürfte es daher sein, mit einer neueren, mittlerweile sehr breiten Strömung die Bedeutung des voluntativen Elements zu relativieren und den Vorsatz als Qualifikation der Fahrlässigkeit zu verstehen.¹⁰ Dann sind beide Handlungsformen mit Hilfe des Grades des Wissens und Wissenkönnens voneinander abzugrenzen.¹¹

2. Es bleibt die Frage, was Gegenstand des Wissens und damit des Vorsatzes sein soll. Der *Senat* gibt darauf eine traditionell klingende Antwort: Der Täter müsse nicht nur die konkrete Gefährdung (des Vermögens) in Kauf nehmen, sondern auch die Realisierung dieser Gefahr (im Sinne eines »Endschadens«) billigen, sei es auch nur in der Form, dass er sich mit dem Eintritt des unerwünschten Erfolges abfinde (Rn. 24).

Problematisch an diesem Satz ist zweierlei: Zunächst steht er im Widerspruch zu der Rechtsprechung des 1. *Strafsenats*, wonach sich

2 So insbesondere LK/Schünemann, StGB, 12. Aufl. 2012, § 266 Rn. 95; ferner Fischer, StGB, 60. Aufl. 2013, § 266 Rn. 61a; Kindhäuser/Neumann/Paeffgen/Kindhäuser, StGB, 4. Aufl. 2013, § 266 Rn. 75b; Graf/Jäger/Wittig/Waßmer, Wirtschafts- und Strafrecht, 2011, § 266 Rn. 94. A.A. MüKo-StGB/Dierlamm, 2006, § 266 Rn. 153; Jahn JuS 2014, 82; Satzger/Schmitt/Widmaier/Saliger, StGB, 2009, § 266 Rn. 40 ff.

3 BGHS 50, 331 (343 ff.) = StV 2006, 301.

4 Achenbach/Ransiek/Seier, Handbuch des Wirtschaftsstrafrechts, 3. Aufl. 2012, S. 668.

5 Rönnaus ZStW 119 (2007), 887 (911). Zur Bedeutung der »Risikopolitik« Graf/Jäger/Wittig/Waßmer (Fn. 2), § 266 Rn. 115.

6 Vgl. BVerfGE 126, 170 (198 f., 211 f.) = StV 2010, 564. Dazu auch Ransiek ZStW 116 (2004), 640 (645 f.); Saliger HRRS 2006, 10 (14).

7 Kubiciel NStZ 2005, 353 (357 ff.). S. auch Kraatz ZStW 123 (2011), (477 ff.); Saliger HRRS 2006, 10 (18); Schünemann NStZ 2005, 473 (476).

8 Zur Zuständigkeitsverteilung bei Arbeitsteilung und -übertragung Jakobs, System der strafrechtlichen Zurechnung, 2012, S. 31 f.; Jescheck/Weigend, Strafrecht AT, 5. Aufl. 1996, S. 582.

9 Zutreffend Wessing EWiR 2013, 527; ähnlich Jahn JuS 2014, 82.

10 Dazu mit zahlreichen Nachweisen Pawlik, Das Unrecht des Bürgers, 2013, S. 373; LK/Vogel (Fn. 2), Vorb. § 15 Rn. 26 f., § 15 Rn. 126 f.

11 Insoweit übereinstimmend Kindhäuser, Strafrecht AT, 5. Aufl. 2011, § 14 Rn. 27; Pawlik (Fn. 10), S. 374 ff.; Kindhäuser/Neumann/Paeffgen/Puppe (Fn. 2), § 15 Rn. 64 ff., jeweils m.w.N.

das voluntative Vorsatzelement nicht auf den Eintritt eines endgültigen Schadens beziehen müsse, sondern auf die (schadensgleiche) Gefährdung des Vermögens.¹² Dass eine Anfrage nach § 132 Abs. 3 GVG entbehrlich gewesen sei, begründet der *Leipziger Senat* zwar vertretbar mit der fehlenden Entscheidungserheblichkeit.¹³ Doch bleibt damit der für die Instanzgerichte unbefriedigende Zustand divergierender Interpretationslinien bestehen. Problematisch ist zudem, dass der *Senat* beträchtliche Spannungen mit der Schadensdogmatik und eigenen Aussagen aufbaut: Zum einen liegt nach dem von der Rechtsprechung vertretenen wirtschaftlich-juristischen Schadensbegriff ein Vermögensnachteil bereits vor, wenn der Vermögensinhaber bilanzielle Abschreibungen vornehmen muss und damit in seiner wirtschaftlichen Handlungsfreiheit begrenzt wird. Folglich ist der Vorsatz auf diese Lage und nicht auf einen (wie auch immer gearteten) »eigentlichen« Schaden zu beziehen.¹⁴ Zum anderen gibt der *Senat* seine vorderhand strengen Anforderungen an Begriff und Gegenstand des Vorsatzes unter der Hand wieder auf, wenn er für die »beweismäßige Feststellung« des Vorsatzes dem vom Täter erkannten Gefährdungsgrad ein erhebliches indizielles Gewicht zubilligt (Rn. 25).

Hat man sich jedoch bis zu dieser Erkenntnis durchgerungen, ist es vorzugswürdig, auch begrifflich einen für § 266 StGB hinreichenden Vorsatz zu bejahen, wenn der Vermögensbetreuungspflichtige vernünftiger- und zumutbarerweise hätte erkennen müssen, dass er eine erhebliche und daher unerlaubte Gefahr für das von § 266 StGB geschützte Vermögen schuf. Dann wäre nicht nur für die Einheit des strafrechtlichen Schadensbegriffs gesorgt; es bliebe auch die Kongruenz zwischen objektivem und subjektivem Tatbestand des § 266 StGB erhalten.

IV. Sowohl das obiter dictum als auch die tragenden Entscheidungsgründe zeigen, dass es hohe Zeit für eine Entscheidung des *Großen Strafsenats* ist.¹⁵ Diese sollte die den objektiven und subjektiven Tatbestand betreffenden Auslegungsdivergenzen auflösen und damit den Grundstein für die dringend erforderliche Neustrukturierung der Interpretation des § 266 StGB legen.

Prof. Dr. Michael Kubiciel, Köln.

Untreue durch faktische Geschäftsführung gegenüber abhängigem Unternehmen

StGB § 266

Zu den Anforderungen an die Annahme einer faktischen Geschäftsführerstellung gegenüber einem abhängigen Unternehmen. (amtl. Leitsatz)

BGH, Beschl. v. 13.12.2012 – 5 StR 407/12 (LG Berlin)

Aus den Gründen: [1] Das LG hat den Angekl. wegen Untreue in sechs Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 J. verurteilt, deren Vollstreckung es zur Bewährung ausgesetzt hat. [...]

[2] 1. Nach den Feststellungen des LG errichtete der Angekl. die »S. Unternehmensgruppe«, deren Geschäftsgegenstand die Sanierung und Vermarktung von Immobilien war. Im Tatzeitraum war er Geschäftsführer der V. A. GmbH, die als Komplementärin in verschiedenen und für jedes Bauvorhaben gesondert gegründeten Kommanditgesellschaften (nachfolgend: Bauherren-KG's) fungierte. Die Bauherren-KG's beauftragten als Generalübernehmer für Sanierungsarbeiten die A. GmbH, deren bestellte Geschäftsführerin im Tatzeitraum die Mitangekl. Ne. war. Gesellschafterin der

A. GmbH war die C. GmbH mit im Tatzeitraum wechselnden Alleingesellschaftern.

[3] Zur Durchführung der Bauvorhaben beauftragte die A. GmbH ihrerseits Generalunternehmer und verschiedene Subunternehmer, wobei sie faktisch als »Schutzschild vor den Bauherren-KG's« agierte, um die Ansprüche der unbezahlten oder nur zum Teil bezahlten Leistungserbringer abzufangen. Sie erteilte teilweise Aufträge, ohne dass die Absicht bestand, diese vollständig zu bezahlen. Überdies veranlasste die A. GmbH kleine und unerfahrene Handwerksunternehmen dazu, trotz Ausbleibens ihrer Bezahlung weitere Leistungen zu erbringen. Die Bauherren-KG's finanzierten die Vorhaben durch Darlehen, die auf der Grundlage von Abschlagsrechnungen der A. GmbH direkt an die Generalübernehmerin ausbezahlt wurden. Von diesen Beträgen überwies die Mitangekl. Ne. auf Veranlassung des Angekl. und einem gemeinsamen Tatplan entsprechend größere Summen aufgrund rechtsgrundloser Stornierungen der Abschlagsrechnungen direkt an die Bauherren-KG's. Den Angekl. war dabei bewusst, dass der stornierte Betrag nicht ausgeglichen werden würde und die Stornierung deshalb einen Verzicht auf die Forderung bedeutete. Durch die so veranlassten Stornierungen geriet die A. GmbH selbst zunehmend in Liquiditätsschwierigkeiten und konnte Handwerksleistungen nicht mehr bezahlen; letztlich führten sechs Stornierungen bzw. Rücküberweisung der Abschlagsbeträge im Zeitraum v. 13.04.2004 bis 23.08.2005 über einen Betrag von insgesamt mehr als 820.000 € [...] zur Insolvenz der A. GmbH, was die Angekl. zumindest billigend in Kauf nahmen.

[4] Das LG ist davon ausgegangen, dass der Angekl. faktischer Geschäftsführer der A. GmbH war und seine Vermögensbetreuungspflicht ihr gegenüber verletzt habe, indem er die Mitangekl. Ne. zu den rechtsgrundlosen Stornierungen (Taten 1 bis 6) angewiesen habe. Er habe »im Einverständnis mit dem jeweiligen Gesellschafter die Stellung des Geschäftsführers tatsächlich eingenommen, indem er den wesentlichen Teil der klassischen Kernbereiche der Unternehmung bestimmt habe«; seine tatsächliche Verfügungsmacht habe sich daraus ergeben, dass die Mitangekl. Ne. – wie er gewusst habe – seinen Anweisungen stets loyal gefolgt sei.

[5] 2. Die Verurteilung wegen Untreue hält sachlich-rechtlicher Nachprüfung nicht stand. Die Feststellungen tragen nicht die Annahme, dass der Angekl. gegenüber der A. GmbH vermögensbetreuungspflichtig nach § 266 Abs. 1 StGB war.

[6] Grundlage einer Vermögensbetreuungspflicht i.S.d. § 266 Abs. 1 StGB kann neben Gesetz, behördlichem Auftrag oder Rechtsgeschäft auch ein sog. »tatsächliches Treueverhältnis« sein. Ein solches »tatsächliches Treueverhältnis« kann dadurch begründet sein, dass der Betreffende die organschaftlichen Aufgaben eines Geschäftsführers übernommen und diese ausgeführt hat (vgl. *Fischer*, StGB, 60. Aufl., § 266 Rn. 40, 42; *LK-Schünemann*, 12. Aufl., § 266 Rn. 61, 65). Daneben kann aus einer tatsächlichen Übernahme eines nicht ganz unbedeutenden Pflichtenkreises – ohne dass eine faktische Organstellung vorliegen muss – eine Vermögensbetreuungspflicht auch dadurch begründet werden, dass der Betreffende diese Interessen wahrnimmt und der Vermögensinhaber auf die pflichtgemäße Wahrnehmung vertrauen darf (vgl. *BGH*, Urt. v. 14.07.1999 – 3 StR 188/99,

12 BGHSt 53, 199 = StV 2009, 242. Vgl. zu diesem Problemkreis *Fischer* (Fn. 2), § 266 Rn. 179 ff.; *Hillenkamp* FS Maiwald, 2010, S. 323 ff.; *Kempff* FS Hamm, 2008, S. 255 (264 ff.); *Nack* StraFo 2008, 227.

13 Zust. *Jahn* JuS 2014, 82 (84).

14 Kindhäuser/Neumann/Paeffgen/*Kindhäuser* (Fn. 2), § 266 Rn. 302 f. S. ferner *Hillenkamp* (Fn. 12), S. 323 (344).

15 In Bezug auf die Vorsatzfragen ebenso *Beukelmann* NJW-Spezial 2013, 440 (441).